Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Verlag Dr. Friedrich Osmer, Berlin SW 61, Lankwitzstraße 2-3 * Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau, Illstraße 2 * Druck: Westkreuz-Druckerei G. m. b. H., Berlin-Lichtenrade, Moltkestr. 7 * Erscheint monatlich zweimal. Postbezug vierteljährlich RM. 0,90. Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr * Anzeigenpreisliste 3 * J. v. W. g. * Alle Zuschriften sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Motzstr. 46 (Fernruf B 5 Barbarossa 0914) zu richten

Nr. 11	Berlin, den 1. Juni 1936	17. Jahrgang

Armee und Regierung

Man wußte zwar, daß in Wilna, wo sich am 12. Mai alle politisch führenden Persönlichkeiten Polens zu einer Gedenkfeier für den toten Marschall versammelt hatten, wichtige innerpolitische Fragen zur Erörterung gestanden hatten. Es war auch bekannt, daß für die nächste Zeit eine Umbildung der polnischen Regierung geplant war. Daß die Entscheidung aber so rasch fallen würde, hatte man schwerlich erwartet. Von der am 15. Mai erfolgten Regierungsumbildung wurden die innerpolitisch wichtigen Ministerposten betroffen: An die Spitze der Regierung ist General *Slawoj-Skladowski* getreten, der zugleich auch das Innenministerium leitet. Justizminister ist der vom Brester Prozeß her bekannte Staatsanwalt *Grabowski* geworden. *Koscialkowski*, der bisherige Ministerpräsident, ist als Sozialminister weiter in der Regierung geblieben. In das Industrie- und Handelsministerium ist Anton *Roman*, der bisherige Gesandte in Stockholm, eingezogen, der erst ganz kürzlich zum Leiter der Wirtschaftsabteilung des Außenministeriums ernannt worden war. Auf den übrigen Ministerposten sind keine Aenderungen eingetreten; geblieben sind Ingenieur *Kwiatkowski* als stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister, Oberst *Beck* als Außenminister, General *Kasprzycki* als Kriegsminister, *Poniatowski* als Landwirtschaftsminister, Prof. *Swietoslawski* als Kultusminister, Oberst *Ulrych* als Verkehrsminister und Ingenieur *Kalinski* als Postminister.

Die Regierungsumbildung war durch die angespannte innerpolitische Lage Polens bedingt. Die Bemühungen Koscialkowskis, Anschluß an gewisse oppositionelle Parteikreise, insbesondere an die radikale bäuerliche Volkspartei, zu suchen, hatten keinen Erfolg. Die frühere scharfe Trennung des Pilsudskilagers von den oppositionellen Gruppen hatte unter seiner Ministerpräsidentenschaft sich zu verwischen begonnen. *Die auf die Persönlichkeit des Marschalls ausgerichtete Ideologie des alten Sanierungsblockes war im Verblassen.* Die Autorität der Regierung war in Gefahr. Die blutigen Unruhen, die sich in letzter Zeit in verschiedenen Großstädten des Staates ereignet hatten, waren warnende Zeichen. Die Kritik, die von Seiten der Oberstengruppe mit zunehmender Schärfe an den innerpolitischen Maßnahmen Koscialkowskis geübt worden war, erwies sich als richtig. *Die Zügel der Staatsführung schleiften am Boden.*

Der neue Ministerpräsident ist der Repräsentant eines autoritären Regierungssystems, wie es der Auffassung der Oberstengruppe und der Armeeführung entspricht. Skladowski war unter Pilsudski nicht weniger als sechsmal Innenminister. Schon kurz nach dem Maiumsturz von 1926 wurde er zum ersten Mal auf diesen Posten berufen, auf dem er mit einer kurzen Unterbrechung von drei Monaten bis zum Sommer 1931 verblieb. *Er verhalf in dieser Zeit dem Pilsudskisystem im innerpolitischen Leben, vor allem in der Verwaltung, zum Durchbruch.* Er schlug mit den Wahlen von 1928 und 1930, bei denen er die ganze Wucht des staatlichen

Verwaltungsapparates zur Unterstützung des „Unparteilichen Blocks für die Zusammenarbeit mit der Regierung" einsetzte, die oppositionellen Parteien zu Boden. Mit dem Sejm, in dem diese Parteien bis nach den Herbstwahlen von 1930 noch die Mehrheit besaßen, stand er dauernd auf Kriegsfuß.

Die Aufgaben, vor die sich General Skladowski gestellt sieht, sind der Lage der Dinge nach in erster Linie innerpolitischer Art. Die gefährdete Autorität der Staatsführung muß wieder hergestellt werden. Die wirtschaftliche Situation, in der sich Polen befindet, verbietet ein innerpolitisches Experimentieren, wie es sich unter Koscialkowski breit gemacht hatte. Die wirtschaftspolitischen Aufgaben, die zu lösen sind, erfordern eine harte und kompromißlose politische Führung. Der neue Ministerpräsident ist Soldat. Er kommt aus dem Kriegsministerium, in das er im Jahre 1931, nach Erledigung seiner politischen Arbeit als Innenminister, zurückgekehrt war. Seine Berufung an die Spitze der Regierung ist auf Betreiben des Generalinspekteurs der Armee, des Generals Rydz-Smigly, erfolgt. Skladowski ist der politische Exponent der Armee. Seine inner- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen werden den Notwendigkeiten des Heeres und den Direktiven der führenden Militärkreise angepaßt sein. Die Anlehnung nach links, die Koscialkowski gesucht hatte, ist für die Regierung Skladowski ein inaktuelles Problem. Dasselbe gilt von den Forderungen, die die politischen Wortführer der Oberstengruppe aus ihrer kritischen Einstellung zu der Innen- und Wirtschaftspolitik Koscialkowskis heraus in letzter Zeit aufgestellt hatten. Es ist der Wille der militärischen Kreise, daß die Geschlossenheit des alten Pilsudskiblockes als des politischen Willensträgers aller staatsbejahenden Elemente wieder hergestellt wird, und daß mit der Bildung miteinander konkurrierender oder gar gegeneinander arbeitender Gruppen innerhalb dieses Blockes endlich Schluß gemacht wird. Dieser Wille wird von der Erkenntnis geleitet, daß die oppositionellen Parteien immer so stark sind, wie dieser Block in sich uneinig ist, und daß die Einigkeit des alten Lagers nur durch den politisch neutralisierenden Geist der Armee wieder hergestellt werden kann.

Die enge Verbindung zwischen der neuen Regierung und der Armee liegt offen zutage. Auf einer Tagung ehemaliger Legionäre hat Skladowski erklärt: „Ich bin gekommen, um Euch zu melden, daß ich auf Befehl des Herrn Staatspräsidenten und des Generals Rydz-Smigly Ministerpräsident geworden bin". Man kann wohl hinzufügen, daß die Ernennung Skladowskis mehr der Initiative des Generalinspekteurs der Armee als derjenigen des Präsidenten der Republik entsprungen ist. Dieser glaubte seinerzeit, die innerpolitische Lage durch den von Koscialkowski vertretenen liberalen Kurs meistern zu können. In dem Maße, in dem sich die Unzulänglichkeit dieses vom Staatspräsidenten gut geheißenen Kurses erwies, festigte sich die Stellung des Generalinspekteurs der Armee, der nach Ablauf des offiziellen Trauerjahres für den Marschall aus der politischen Zurückhaltung, die er sich bis dahin auferlegt hatte, heraustrat. Rydz-Smigly ist an die Stelle gerückt, die früher Pilsudski einnahm: Er besitzt als Repräsentant der Armee die Achtung und das Vertrauen der polnischen Oeffentlichkeit; er ist nach seiner Ernennung zum Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht, die kürzlich erfolgte, im Besitze der unbeschränkten militärischen Gewalt; und gegen seinen Willen wird schwerlich noch einmal eine Regierung vom Staatspräsidenten eingesetzt werden. Aber es ist nicht die Absicht Rydz-Smiglys, die Armee in das Getriebe der Politik zu verstricken, weil das ihre einheitliche Ausrichtung auf die ihr zufallende Aufgabe, dem Staate und nicht einzelnen Gruppen zu dienen, nur beeinträchtigen könnte. Die politische Aufgabe, die Verbindung zwischen Regierung und Volk herzustellen, möchte er den Legionären zugedacht wissen. Auf einer Tagung des Legionärverbandes, die am 24. Mai in Warschau stattfand, hat sich Rydz-Smigly hierüber sehr deutlich geäußert: „Der Legionärverband muß", hat er gesagt, „die politische Arbeit auf sich nehmen, zu der ich die aktiven Militärs nicht heranziehen möchte, weil ich nicht will, daß die Soldaten Politik machen. Wo es notwendig ist, Politik zu machen, werde ich es selber tun."

Von Seiten der militärischen Kreise ist während der letzten Monate in immer dringlicherer Form die Notwendigkeit eines beschleunigten Ausbaus der militärischen Rüstung und der militärisch wichtigen Wirtschaftszweige festgestellt worden. Anlaß zur Kritik ist in dieser Hinsicht genügend

vorhanden. Man denke nur an den geradezu kläglichen Stand der Motorisierung, an die vielfache technische Rückständigkeit des Industrieapparates, an den erbarmungswürdigen Zustand der polnischen Straßen! Und man vergleiche damit die enormen Ausmaße der sowjetistischen Rüstung! Man bedenke die Anlage militärischer Stützpunkte der Roten Armee in der slowakischen Südflanke Polens! Und man wird die Sorge der polnischen Heeresführung um die beschleunigte Hebung der militärischen Schlagkraft ihres Staates begreifen. Wenn daher neben der innerpolitischen Stabilisierung die Belebung des Wirtschaftslebens die zweite wichtige Aufgabe der neuen Regierung sein wird, so wird sie das in dem Sinne sein, daß zunächst und vor allem einmal die kriegswichtigen Industrien mit Nachdruck ausgebaut werden. Das heißt: Wie die Innenpolitik, so wird auch die Wirtschaftspolitik der Regierung Skladowski unter militärischem Vorzeichen stehen. Und zwar in einem Maße, daß daneben das Für und Wider in der Frage der Währungspolitik an Bedeutung zurückstehen wird.

In der Sorge um die Armee gibt es keine innerpolitischen Streitigkeiten in Polen. In dieser Frage ist auch die Opposition zu jedem Opfer bereit. Die Armee ist die Basis, auf der die schärfsten Meinungsverschiedenheiten zum Schweigen gebracht werden können, weil und solange sich die Armee jeder parteipolitischen Stellungnahme enthält. Hier liegt die politische Chance der neuen Regierung. Dr. K.

Die polnische Rüstungsindustrie

Die ersten Nachkriegsjahre

Die neu erstandene Republik Polen war in den ersten Jahren ihrer Unabhängigkeit gezwungen, den gesamten Heeresbedarf im Ausland zu decken. Die Beschaffung erfolgte durch besondere Einkaufsmissionen in Wien, Rom und Paris. Auf eine eigene Rüstungsindustrie konnte sich Polen damals nicht stützen. Die drei Teilungsmächte, durch deren Niederlage und aus deren Grenzgebieten ein neues Polen erwuchs, hatten sich gehütet, in ihrer heute polnischen Gebieten, die so grenzgelegen waren, größere rüstungsindustrielle Unternehmungen anzusetzen. So fand Polen zwar drei Flugzeugwerke dem Namen nach vor; in Wahrheit waren es jedoch Reparaturwerkstätten. Daher fehlte auch bis zum Jahre 1926 jede eigene polnische Flugzeugherstellung.

In den ersten Jahren nach dem Weltkrieg war Frankreich der Hauptlieferant für Kriegsmaterial nach Polen. Es lieferte bis zum Sommer 1920 1 580 Geschütze, 257 000 Gewehre, eine halbe Milliarde Infanteriepatronen, 291 Flugzeuge (England und Italien je etwa 150), Millionen von Bekleidungsstücken und eine Unmenge anderen Heeresbedarfs. Einheitlich bewaffnet und ausgerüstet war um diese Zeit nur die Hallerarmee, die im Frühjahr 1919, aus Frankreich kommend, über Deutschland in Polen eintraf. Sie lieferte dann den Grundstock für den weiteren Ausbau der Armee. Die Uneinheitlichkeit in der Bewaffnung, wodurch die Heeresleitung erschwert war, ist mit ein Grund für das Versagen der polnischen Armee im russisch-polnischen Kriege im Jahre 1920 gewesen.

Seit dem Friedensschluß von Riga suchten daher der Marschall Pilsudski und seine Anhänger unter allen Umständen, Polen wie in vielem anderen so auch im Bezug von Kriegsmaterial vom Ausland unabhängig zu machen. Diesen Forderungen eines modernen Wehrstaates ist man in der polnischen Industrie, insbesondere der Rüstungsindustrie, nach dem Rücktritt Pilsudskis von seinem Posten eines polnischen Generalstabschefs, nach seinem Scheiden aus der Armee nicht in ausreichendem Maße nachgekommen. Für mehrere Jahre beherrschten französischer Einfluß, französische Gedankengänge, französisches Kapital den jungen polnischen Staat. Frankreich konnte kein Interesse daran haben, eine nationalpolnische Rüstungsindustrie sich entwickeln zu lassen, die seiner eigenen Rüstungsindustrie einen wichtigen Absatzmarkt verschließen mußte. Als nach Beendigung des russisch-polnischen Krieges die Einkaufsmissionen aufgelöst wurden, hatte sich Frankreich die weitere Lieferung von Heeresmaterial nach Polen durch einen Kompensationsvertrag gesichert. Bis in die Zeit des neuen Pilsudski-Regimes hinein wurde Polen dauernd in großem Umfang mit Kriegsbedarf aus Frankreich versorgt.

Mit den organisatorischen Vorarbeiten zur Schaffung einer Rüstungsindustrie begann man in Polen immerhin sofort nach dem russisch-polnischen Krieg. Die Erfahrungen, die Polen mit dem Materialnachschub während des Ringens mit den Bolschewiken gemacht hatte, haben nicht unwesentlich dazu beigetragen, den Wunsch nach der Gründung einer eigenen Rüstungsindustrie zu stärken. Die Tschechoslowakei hielt damals, obwohl sie in keiner Weise an die Sowjetunion gebunden war, große Mengen für Polen bestimmten Kriegsmaterials zurück. Diese Erfahrungen führten dazu, daß im polnischen Kriegsministerium ein besonderes Departement für Rüstungsindustrie geschaffen wurde, und daß außerdem als beratendes Organ des Kriegsministeriums ein Heeresindustrierat ins Leben gerufen wurde. Diesem gehören Vertreter der beteiligten Ministerien sowie Vertreter der privaten Industrie und Wirtschaft an. Zur Durchführung der Vorarbeiten für eine industrielle Mobilmachung wurde das Land in eine Anzahl Bezirke eingeteilt.

Wenn trotz der eifrigen Förderung der Regierung, trotz des allgemeinen Interesses der Wirtschaft an der Entwicklung einer Rüstungsindustrie diese erst recht spät, um 1924, größere Erfolge aufzuweisen begann, so waren hierfür verschiedene andere Schwierigkeiten ausschlaggebend. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß gerade bei dem verbündeten Frankreich keine Neigung bestehen konnte, diese Bestrebungen Polens zu unterstützen und damit ein einträgliches Geschäft als Lieferant des polnischen Heeres zu verlieren. Außerdem fehlte es in der ersten Zeit an geschulten technischen Kräften und einer ausreichenden Zahl von Spezialmaschinen.

Kohle und Erze

Wie waren und sind nun die Grundlagen beschaffen, auf die sich die neue polnische Rüstungsindustrie aufbauen konnte und auch heute noch stützt? Man muß sagen, daß in anbetracht des Reichtums an Rohstoffen verschiedener Art, in anbetracht der bereits vorhandenen Industrie und ihrer Leistungsfähigkeit die Voraussetzungen gar nicht so schlecht waren, mit denen Polen an den Aufbau einer der Stärke seines Heeres entsprechenden Rüstungsindustrie gehen konnte.

Durch den Weltkrieg kam der neue polnische Staat in den Besitz von 3880 qkm = 65 % des oberschlesischen Kohlenbeckens. Der Vorrat an abbaufähiger Steinkohle in Polen wird von der Untersuchungskommission wie folgt angegeben[1]):

Schlesien	44,9	Milliarden t	(Förderung 1929: 34,4 Mill.)
Dombrowaer Becken .	2,2	„ t	(„ „ 8,9 „)
Krakauer Becken . .	14,2	„ t	(„ „ 2,8 „)
Schlesien/Teschen . .	0,5	„ t	(„ „ — „)
insgesamt . .	61,8	Milliarden t	(Förderung 1929: 46,1 Mill.)

Im Vergleich mit den europäischen Staaten nimmt Polen damit die dritte Stelle hinter England und Deutschland ein. Die Lagerung der Kohle in Oberschlesien ist für den Abbau sehr vorteilhaft. Wehrwirtschaftlich ungünstig ist die Lage dicht an der Westgrenze; nur das Krakauer Becken ist etwas weiter von der Grenze gegen die Tschechoslowakei und Deutschland entfernt. Es vermag aber nur 25 % des für Industrie, Transport und andere Zwecke notwendigen Kohlenbedarfs zu decken[2]). Die heutige Kohlenerzeugung, die etwa 30 Millionen t beträgt (1934: 29233000 t), ist weit davon entfernt, die höchste Erzeugungskraft des Landes darzustellen. Unter Bezugnahme auf den Ertrag der früheren Förderungen kann diese auf etwa 50 Millionen t geschätzt werden[3]). Der Inlandsbedarf beansprucht höchstens die Hälfte der Produktion. Auch im Kriegsfalle dürfte ein Ausfuhrüberschuß bleiben, der bei der Kapitalarmut des polnischen Staates als Entgelt für die Einfuhr fehlender wichtiger Rohstoffe — etwa schwedischer Erze — eine große Rolle spielen könnte. Zur Zeit bildet die Kohle einen hohen Aktivposten in der polnischen Handelsbilanz.

Braunkohle ist zwar vorhanden — vorwiegend in der ehemaligen Provinz Posen —, wird aber nur in unbedeutenden Mengen abgebaut[4]). Die Vorkommen werden auf 4,9 Milliarden t geschätzt[5]). Ebenso wie der Torf, der in den nördlichen Gebieten gestochen wird, besitzt sie augenblicklich fast ausschließlich lokale Bedeutung.

Eisenerze befinden sich in bedeutenden Mengen auf polnischem Staatsgebiet. Die Vorräte betragen 165 Millionen t. Abgesehen von den Eisenerzlagern der Tatra, die 51,9 % reines Eisen enthalten, aber bald erschöpft sein werden, sind die Lager sehr unregelmäßig und wenig gehaltreich, die Erze schwer zu verhütten. In Oberschlesien,

wo größere Lager vorhanden waren, ist man bereits am Ende der Erzgewinnung, wie folgende Zahlen zeigen:

1913	wurden gefördert . .	133 184 t	oberschlesische Erze
1923	„ „ . .	52 716 t	„ „
1927	„ „ . .	5 926 t	„ „

Einen Ersatz für diesen Ausfall fand man im mittelpolnischen Erzrevier bei *Radom*, wo die stark ansteigende Förderung 1927 bereits 500 000 t überschritt. Die einheimische Förderung reicht aber nicht aus, den großen Bedarf der polnischen Eisenindustrie zu decken. Auch die Schwierigkeiten der Förderung und der Verarbeitung der einheimischen Erze trugen dazu bei, daß die *Erzeinfuhr* recht beträchtlich wurde (1933: 355 000 t). *Etwa zwei Drittel der zur Verhüttung kommenden Erze stammen aus dem Ausland*[6]. In den letzten beiden Jahren wurden jedoch wieder in zunehmendem Maße eigene Erze verarbeitet. Es ist anzunehmen, daß Polen im Ernstfall unter stärkerer Ausnützung seiner eigenen Erzvorräte imstande sein wird, den Anteil ausländischer Erze stark zu senken, ja unter Umständen — abgesehen von der Manganerzzufuhr — ohne ausländische Zufuhren auszukommen. Man muß bedenken, daß die polnische Eisenindustrie weit über den Bedarf des Landes hinaus produziert. Betrug doch die Ausfuhr von Eisen- und Stahlwaren 1930: 182 Millionen Zloty, 1934: 72 Millionen Zloty[7]. Wenn auch die Eisenerzgruben heute zum größten Teil in Mittelpolen liegen, nimmt Ostoberschlesien in der Roheisen- und Rohstahlerzeugung immer noch eine überragende Stellung ein[8]. Wehrwirtschaftlich von Bedeutung ist, daß die einzelnen Hütten, deren Zahl 1933: 24 mit 29 000 Arbeitern betrug, besonders spezialisiert sind. Einen Weltruf genießen die Spezialstahl erzeugenden Hütten; jedoch sei erwähnt, daß die benötigten Stahlhärtungsmittel in Polen fehlen, also eingeführt werden müssen.

Von den übrigen in Polen vorkommenden rüstungsindustriell wichtigen Metallen sind vor allem *Zink* und *Blei* zu nennen, die mit dem Steinkohlenvorkommen zusammenfallen. In *Ostoberschlesien* liegen etwa 90 % dieser Erzlager, die einen Vorrat von 33 Millionen t darstellen. Deutschland hat mit dem östlichen Teil Oberschlesiens 68 % seiner Zinkerzbasis verloren. *Polen wurde dadurch nach Belgien der größte Zinkerzeuger Europas*. Auch sein Anteil an der Weltzinkerzeugung ist beträchtlich: 1931: 13 %, 1935: 6,8 %. Die inländischen Erze sind geringwertig. Dies ist vor allem der Grund dafür, daß zu den 1935 geförderten 316 000 t Zinkerzen 64 000 t ausländische Erze eingeführt wurden. Die Zinkindustrie, konzentriert in Oberschlesien (siehe Tabelle), setzt ihre Erzeugnisse nur zum kleinsten Teil im Inland ab[9]. Neben der Kohle gehören Zink und Zinkerzeugnisse zu den Produkten, die im Außenhandel Polens eine gewisse Rolle spielen und auch im Kriegsfall unter Umständen ausgeführt werden können.

Verhüttung 1929[10]	Betriebe (Zahl)	Arbeiter (Zahl)	Erzeugung von Rohzink (in t)	Erzeugung von Bleiglätte (in t)
Schlesien	11	10 647	147 270	2 065
Kielce	2	155	6 103	—
Krakau	1	939	15 656	—

Kupfer ist nur in kleinen Mengen vorhanden (bei Kielce, Chenciny). *Nickel*, *Mangan* und andere Metalle muß Polen einführen. Von den Edelmetallen wäre nur das *Silber* zu erwähnen, das in geringen Mengen bei der Schmelzung der Bleierze gewonnen wird.

Erdöl und Salze

Reich sind hingegen die Schätze Polens an *Erdöl*, Erdgas und Erdwachs. Die erdölhaltigen Gebiete ziehen sich in einem mehr oder weniger breiten Streifen *am Nordfuß der Karpathen* entlang von der rumänischen Grenze bis fast zur tschechoslowakischen. Die Vorräte an Erdöl werden auf 16 Millionen t geschätzt. In *Erdwachs* (Ozokerit) besitzt Polen sozusagen ein Rohstoffmonopol, da es sonst nur in sehr geringen Mengen vorhanden ist. Von den drei Erdölbezirken Jaslo, Drohobycz und Stanislawow liefert das Revier von Drohobycz fast 80 % der gesamten polnischen Erdölförderung, die in ihrer günstigsten Zeit über 800 000 t (1925), vor dem Kriege sogar über 1 Million t betrug. Die meisten Gruben enthält das Jasloer Revier, dessen Produktion langsam aber stetig ansteigend ist, während das jüngste der Reviere, das von Stanislawow, welches noch große Mengen von Reichtümern in sich birgt, erst an der Schwelle

der Entfaltung steht. Der volks- und wehrwirtschaftliche Wert der polnischen Erdöllager wird durch ihre große Teufe (1000 bis 1800 m gegenüber durchschnittlich 400 m in USA.) und die Härte der Deckschicht stark beeinträchtigt, wozu noch die geringe Ergiebigkeit der Schächte pro Tag kommt[11]). Im Kriegsfalle wird man durch neue Bohrungen kaum eine erhöhte Erdölförderung erreichen können, da Bohrungen bis in solchen Tiefen mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Die Durchführung eines großzügigen Aufschlußprogramms bereits im Frieden ist die Grundbedingung für eine verstärkte Naphtaförderung in Kriegszeiten, wie sie nach den augenblicklichen Förderungsergebnissen durchaus erforderlich wäre. Die Verarbeitung dieser Mengen im Lande selbst würde keine Schwierigkeiten machen. Die etwa 30 Raffinerien sind eingerichtet für eine Jahresverarbeitung von 1,2 Millionen t. Ihre Kapazität wird augenblicklich kaum zur Hälfte ausgenutzt. Die schwierige finanzielle Lage erlaubt es jedoch der Petroleumindustrie zur Zeit nicht, die Rohölgewinnung zu steigern. Verlor sie doch erst 1933 durch die Einführung des Zwangsabsatzes von Treibstoffalkohol 9 % ihres Benzinabsatzes. Durch zeitweilige Ausfuhrverbote für Rohnaphta hat es die polnische Regierung erreicht, daß das in Polen geförderte Erdöl fast ausschließlich im Lande selbst verarbeitet wird, wenn auch die Raffinerien teilweise noch sehr rückständig sind. Die Bevorratung für den Kriegsfall und der Handel mit dem Ausland wurden durch eine Verordnung des Ministers für Handel und Gewerbe im Jahre 1932 geregelt. Etwa 45 % der Erdölprodukte gelangen zur Ausfuhr.

Kochsalz, wichtig für die chemische Industrie, ist an vielen Stellen vorhanden. Am bekanntesten und bedeutendsten sind die Staatssalinen in Wieliczka und Bochnia, die etwa 40 % der Gesamtförderung liefern, die 1933: 450000 t betrug. Solsalz stammt vorwiegend aus den ostgalizischen und posenschen Salzquellen. Die Salzgewinnung ist staatlich monopolisiert. Die Vorräte werden auf 5,9 Millionen t geschätzt. Auch reiche Kalisalzlager sind vorhanden (Ostgalizien), die in immer stärkerem Maße abgebaut werden. Bei der jetzigen Höhe der Produktion würde man für die nächsten 700 Jahre mit den vorhandenen Vorräten auskommen[12]).

Phosphorit, ein wesentlicher kriegschemischer Rohstoff, als Kunstdünger unter dem Namen Superphosphat bekannt, wird ebenso wie das Kalisalz in jüngster Zeit viel gewonnen. Die im Abbau befindlichen Lager liegen in Podolien längst des Dnjestr und seiner Nebenflüsse. Die Produktion, die vor dem Kriege noch kaum 15000 t betrug, erreicht heute fast 300000 t. Schwefel wird in unbedeutenden Mengen in Oberschlesien gewonnen. Schwefelreiche Pyrite baut man außerdem im Kielcer Bezirk ab. Ungenützte Schwefellager kommen noch an verschiedenen Stellen in Südpolen vor.

Holz und Textilien

Auf den großen Holzreichtum des Landes (1931: 8,3 Millionen ha[13]) sowie auf die sich darauf aufbauende Holzindustrie sei nur kurz hingewiesen. Häute und Leder werden zur Zeit in nicht unbedeutendem Umfang eingeführt (1934: 68 Millionen Zloty). Bei dem überwiegend agrarischen Charakter des Landes dürfte es aber nicht zweifelhaft sein, daß im Ernstfall die inländischen Erzeugnisse den Bedarf decken können.

Die chemische Industrie, die sich in den letzten Jahren stark entwickelt hat[14]), besitzt die nötigen Rohstoffe in ausreichendem Maße im Lande selbst. Dagegen reichen für die Textilindustrie, in der 20 % der polnischen Industriearbeiter beschäftigt sind, die Rohstoffe des Landes nur zum geringsten Teil aus. Einheimische Rohstoffe sind besonders für die Kunstseidenindustrie vorhanden; desgleichen kann der inländische Bedarf an Leinen ganz, an Schafwolle teilweise gedeckt werden. Nach Angaben der „Polska Zbrojna" vom 23. April 1934 beträgt dieser Anteil 50 % des Bedarfes der Staatsinstitute und kaum 5 % des polnischen Gesamtbedarfs. Systematisch versucht die Regierung, eine stärkere Heranziehung der einheimischen Wolle zu erreichen. Schon 1927 verlangte das Heer für seine Käufe die Beimischung polnischer Wolle, und seit dem 3. Mai 1933 besteht ein Beimischungszwang für Lieferungen an Staatsinstitute in einer Höhe von 45 %. Immerhin ist die Textilindustrie, die sich um die drei Städte Lodz, Bielitz und Bialystok gruppiert, von allen bedeutenden Industrien Polens wohl am stärksten vom Auslande abhängig, nicht nur in der Rohstoffversorgung, sondern auch im Bedarf an Maschinen, technischen und chemischen Erzeugnissen. Für den Aufbau der Rüstungsindustrie spielt sie freilich auch eine untergeordnete Rolle.

Die Rohstoffversorgung

Die Frage der Rohstoffversorgung ist für die Aufrechterhaltung der Rüstungsindustrie im Kriege entscheidend. Wenn die Produktion der Rüstungsfabriken nur in Zeiten des ungehinderten Warenaustausches gesichert erscheint, sind auch die größten und leistungsfähigsten Kriegswerkstätten nutzlos. Zusammenfassend kann man in dieser Hinsicht für Polen sagen, daß sich von den für die Rüstung wichtigen Rohstoffen auch der erhöhte Bedarf im wesentlichen aus dem Lande decken läßt. Auf dem Gebiete des Bergbaues sind Kohle und Petroleum reichlich vorhanden, die Eisenerze einer besseren Ausnutzung fähig, so daß die Voraussetzungen für einen ausreichend langen Widerstand auf industriellem Gebiet gegeben sind[15]). Außerdem glaubt man in Polen nicht, daß das Land im Kriegsfalle so vom Ausland abgeschnitten sein werde, daß die Versorgung mit Rohstoffen gänzlich ins Stocken geraten könnte. Die Zufuhr einiger unentbehrlicher Rohstoffe wie Mangan, Kupfer, Nickel u. a. m. sollte auch dann möglich sein. Zur Zeit kommen die für die Rüstungsindustrie wichtigsten ausländischen Rohstoffe und Fertigwaren aus folgenden Ländern[16]). Deutschland: Maschinen aller Art, Schrott, Metalle, Bauxit; Großbritannien: Schrott, Metalle; USA.: Schrott, Schwefel, Baumwolle, Aluminium; Tschechoslowakei: Maschinen aller Art; Sowjetunion Eisen- und Manganerze; Schweden: Eisenerze; Franz. Nordafrika: Eisenerze, Phosphate.

Für die polnische Rüstungsindustrie würde nach dieser Aufstellung der Ausfall Deutschlands den schwersten Schlag bedeuten. Erwähnt sei noch kurz in diesem Zusammenhang, daß 1933 etwa 40 % dieser Einfuhr über See kam, d. h. den Weg durch die Ostsee nahm, und mindestens 35 % durch Deutschland.

Die Rohstoffe, die im Lande überhaupt nicht oder nur spärlich vorhanden sind, können, soweit sie in relativ kleinen Mengen benötigt werden — wie z. B. Stahlhärtungsmetalle und bestimmte chemische Erzeugnisse — bei vorsorgender Wirtschaft für einen nicht allzu langen Krieg auch im Lande vorrätig gehalten werden. So sehen wir, wie parallel zu den polnischen Bemühungen, die industrielle Produktion weiter zu entwickeln, auch Anstrengungen zur Hortung der für die Kriegsindustrie nötigen Rohstoffe gehen. Eine einmonatige Produktionssicherheit soll überall gewährleistet sein. Alle Maßnahmen, die darüber hinausgehen, werden vom Staat durch Gewährung von Krediten unterstützt.

In rastloser Arbeit versuchte die polnische Regierung darüber hinaus, durch eine genaue geologische Erforschung die Rohstoffgrundlage ihrer Rüstungsindustrie zu erweitern. Umfangreiche geologische Nachforschungen nach dem Vorhandensein von Kupfer-, Zink- und Bleierzen setzten in Mittelpolen ein. Große Eisenerzfunde machte man in Galizien (50 km längs der Eisenbahn Krakau-Lemberg). Manganerzvorkommen wurden in den Karpathen am Oberlauf des Czeremoz entdeckt, deren Ergiebigkeit schätzungsweise 10 Millionen t beträgt. Verkehrsmäßig ist dieses Gebiet jedoch noch ganz unerschlossen. In den letzten Monaten wurden große Anstrengungen zur Auffindung neuer Erdölquellen gemacht. Sogar Bauxit ist entdeckt worden[17]). Polen hat bisher die Herstellung von Aluminium noch nicht aufgenommen. Bauxit wurde zwar seit längerer Zeit eingeführt, aber für untergeordnete Zwecke (Schmelzzement). Mit einem erheblichen Anwachsen des Bedarfes ist zu rechnen, nachdem verschiedene Aluminium verbrauchende Industrien ausgebaut worden sind. Bei den letzten Untersuchungen im nördlichen Teil des Dombrowaer Beckens wurde nun Bauxit auf einer ziemlich beträchtlichen Fläche festgestellt, ein Bauxit, der für die Herstellung von Aluminium ganz besonders geeignet sein soll. Eine zahlenmäßige Angabe der Bauxitvorräte ist zur Zeit noch nicht möglich.

(Fortsetzung folgt.) W. Marquardt.

---

[1]) vgl. Komisja ankietowa 12[8], Bd. 5, S. 4 — [2]) s. St. Studnicki, Polen im politischen System Europas, 1936, S. 3 — [3]) s. v. Franchini, Die Organisationen für den Krieg, VIII. Polen, Esercito e Nazione, 1934, Nr. 8/9, S. 620 ff. [4]) 74000 t vor der Krise im Gebiet von Tschenstochau — [5]) nach Osteuropamarkt, März 1936 — [6]) rund 50 % aus der Sowjetunion, rund 25 % aus Schweden — [7]) vgl. A. Reithinger, Das wirtschaftliche Gesicht Europas, IV. Polen, Europäische Revue, 1935, S. 297 ff — [8]) s. E. Wunderlich, Das moderne Polen, 3. Aufl., Stuttgart 1935, S. 118 — [9]) etwa 27 %, vgl. Chemische Industrie, 2. Mai 1936 — [10]) nach E. Kaleta, Die Industrie Polens, Diss., Bern 1933 — [11]) vgl. A. Biedermann, Polens Erdöl-Bergbau und Industrie, Zürich 1931 — [12]) vgl. Kaleta a. a. O. — [13]) nach Kleines Statistisches Jahrbuch der Republik Polen, 1934 — [14]) Die Ausfuhr betrug 1931 bereits 45 Millionen Zl. — [15]) s. v Franchini a. a. O. — [16]) vgl. auch E. Bloch, Polens kriegswirtschaftliche Lage und seine Abhängigkeit von Frankreich, Deutsche Wehr, 1931 — [17]) vgl. H. Pohl, Bauxit in Polen, Oberschlesische Wirtschaft, April 1936.

Enttäuschung der Oppositionsfunktionäre

Man erinnert sich noch des lebhaften Geräusches, mit dem im Januar d. J. die „Danziger Frage" in Genf aufgetischt wurde. Es gab damals eine ziemlich buntscheckige Gesellschaft, die ein mehr oder weniger sachlich begründetes Interesse daran hatte, aus der Unzufriedenheit der Danziger Oppositionsfunktionäre „etwas zu machen". Die einen fühlten sich in ihrer amtlichen Würde seitens der Danziger Regierung nicht genügend beachtet; die zweiten konnten es noch immer nicht begreifen, daß ihre politische Rolle auch in der Freien Stadt Danzig ausgespielt ist; wieder anderen kam die Danziger Frage als Kulisse, mit der sich die peinliche Sanktionsangelegenheit etwas abblenden ließ, gerade gelegen; und endlich gab es auch solche, die einfach deshalb mitmachten, weil sie hier eine Gelegenheit gefunden zu haben glaubten, dem Nationalsozialismus im allgemeinen, und der Danziger NSDAP. im besonderen ein wenig am Zeuge zu flicken. Sie alle sprachen damals sehr viel und sehr eifrig davon, daß in Danzig „die Verfassung verletzt" worden sei.

Den Versuch der oppositionellen Parteifunktionäre, in Genf „die Danziger Frage aufzurollen" und sich mit Hilfe internationaler Instanzen wieder in den Sattel zu schwingen, kann man nach der Art, wie die Danziger Angelegenheiten auf der Maitagung des Völkerbundsrates behandelt worden sind, als gescheitert betrachten. Sean Lester, der Völkerbundskommissar, der sich damals so lebhaft für die Opposition eingesetzt hatte, ist diesmal in Genf gar nicht persönlich erschienen. Er hat sich auf die Uebersendung eines kurzen schriftlichen Berichtes beschränkt, in dem der Völkerbundsrat davon in Kenntnis gesetzt wird, daß der Senat der Freien Stadt Danzig inzwischen verschiedene Verordnungen erlassen hat, durch die er dem seinerzeitigen Beschluß des Rates gerecht wird. Es hat sich dabei um die Fragen des Pressegerichts, des Ehrenschutzes der nationalen Verbände, des Tragens einheitlicher Sonderkleidung und der Strafprozeßordnung gehandelt. Sean Lester hat in seinem Bericht abschließend festgestellt: „Die weitere Betätigung und Entwicklung des Geistes der Zusammenarbeit zwischen der Regierung und dem Hohen Kommissar wird es mir zweifellos ermöglichen, zu geeigneter Zeit über eine viel befriedigendere allgemeine Lage zu berichten, als es die vom Rat im Januar d. J. erörterte war". Mit dieser Feststellung, daß das Verhältnis zwischen der Danziger Regierung und den Völkerbundsinstanzen wieder in normalen Gleisen verläuft, ist der seiner Zeit von den Danziger Oppositionsfunktionären entfesselte Sturm praktisch erledigt. Die Beruhigung der Atmosphäre wird auch durch die Tatsache unterstrichen, daß die Amtszeit des derzeitigen Völkerbundskommissars, die im Januar 1937 ablaufen würde, um ein Jahr verlängert worden ist.

Vor kurzem haben die Oppositionsfunktionäre einen neuen „Vorstoß" gegen die nationalsozialistische Regierung versucht: In der Volkstagssitzung vom 5. Mai brachten sie einen Antrag auf Auflösung des Volkstages ein, der mit 40 gegen 29 Stimmen abgelehnt wurde. Der polnische Volkstagsabgeordnete Budzinski hatte ganz Recht, als er sagte, daß die Opposition den Antrag nur gestellt hätte, weil sie von vornherein wußte, daß er von der NSDAP. abgelehnt werden würde. Von nationalsozialistischer Seite ist den Oppositionsfunktionären im Volkstag klar gemacht worden, daß es niemals die Gewohnheit der NSDAP. gewesen ist, sich das Gesetz des Handelns von ihren Gegnern vorschreiben zu lassen und daß sie auch in der Frage der Neuwahl ihren Gegnern das Gesetz des Handelns dann vorschreiben wird, wenn sie den für das Danziger Deutschtum günstigsten Augenblick für gekommen erachtet. Es ist sehr fraglich, ob das Bemühen der alten Parteifunktionäre, sich noch einmal interessant zu machen, bei den Kreisen, auf deren Beifall sie spekulieren, Erfolg haben wird. Nachdem ihre Anfechtung der Gültigkeit der Volkstagswahlen vom April v. J. vom Danziger Obergericht abgelehnt worden ist, nachdem ihr niederträchtiger Versuch, die im Völkerbund versammelten Mächte gegen ihre eigene Regierung aufzuhetzen, mißglückt ist, und nachdem schließlich auch ihr Antrag auf Volkstagsauflösung, mit dem sie ihr „Selbstvertrauen" und ihr „Kraftgefühl" zu demonstrieren vermeinten, nicht zum Ziel geführt hat, haben sie noch eine Möglichkeit, von der sie von vornherein hätten Gebrauch machen können: Sie können die Auflösung des Volkstages, von dem sie behaupten, daß er nicht mehr dem Willen der Bevölkerung entspreche,

durch das Mittel des Volksbegehrens und Volksentscheides verfassungsmäßig erzwingen, — wenn sie die hierzu notwendigen Stimmen aufbringen. Aber da läßt sie ihr „Selbstvertrauen" anscheinend im Stich. Sie wissen ganz genau, daß Wahlen gegen die NSDAP. zu veranstalten, bedeutet, Wahlen gegen das Deutsche Reich durchzuführen. Sie wissen ganz genau, daß sie sich dieser Tatsachen gegenüber vor dem Danziger Deutschtum in einer hoffnungslosen Lage befinden. Aber vielleicht versuchen sie es trotzdem einmal. Sie haben seit einem Jahr so viel davon gesprochen, daß sie nun eigentlich endlich einmal die Konsequenzen daraus ziehen müßten. Sie werden die NSDAP. nicht mutlos und nicht ungerüstet finden. Gegen sie, das vielfarbige Gesindel von Weise bis Plenikowski, steht die eine, alles beherrschende Parole: Kampf dem Verrat! Treue dem Führer!

Beispiele polnischer Schulpolitik

Am 16. Mai lief die Frist für die Anmeldungen zu den deutschen Minderheitsschulen in Ostoberschlesien ab. Die Wochen und Monate, die diesem Tage vorangingen, sind für die Angehörigen der deutschen Volksgruppe wieder eine Zeit schlimmsten seelischen Terrors gewesen. Mit allen Mitteln haben bekannte Verbände und obskure Vereinigungen polnischer Chauvinisten die Eltern schulpflichtig werdender deutscher Kinder von der Erfüllung ihrer völkischen Pflicht abzuschrecken und ins polnische Lager hinüberzulocken versucht. Es hat in dieser Zeit wohl kaum eine deutsche Familie mit schulpflichtig werdenden Kindern gegeben, die nicht von irgendeiner polnischen Stelle persönlich aufgesucht oder mit entsprechenden Schreiben bedacht worden ist. Drohung und Lockung haben dabei immer nebeneinander gestanden.

Dafür, wie vor und während der Anmeldefrist von polnischer Seite „gearbeitet" worden ist, sollen einige Beispiele angeführt werden. Zumeist hat es sich bei den Schreiben, die den deutschen Erziehungsberechtigten ins Haus geschickt wurden, um anonyme, aber von bestimmten polnischen Stellen planmäßig verschickte Schreiben gehandelt. Ein „Oberschlesischer Elternrat" verschickte z. B. ein in polnischer Sprache abgefaßtes Schreiben, in dem es u. a. heißt: „Arbeit wird es in kurzer Zeit genug geben, aber nur für Polen, die ihre Kinder in die polnische Schule schicken. Ein Kind, das die deutsche Schule besucht, wird zu keiner Arbeit zugelassen werden. Im kommenden Jahre geht die Genfer Konvention zu Ende, und dann kommt (gemeint ist: für die Deutschen Ostoberschlesiens) der Tag des Gerichts". In einem anderen Rundschreiben kann man folgendes lesen: „Oberschlesier! Du suchst Arbeit. Und dennoch begehst Du schreckliche Taten, durch die Du dein Kind für das ganze Leben verfluchst. Du meldest es für die deutsche Schule an . . . Verbesserst Du damit dein schweres Los? Wird dein Kind dadurch glücklicher werden als Du? . . . In Polen kann sich vieles ändern und vieles bessern. Aber Du wirst niemals mehr das große Unrecht wieder gut machen können, das Du dir und deinem Kinde zufügst, wenn Du es in die deutsche Schule schickst. Dein Kind, das im polnischen Staate lebt, wird verflucht sein für sein ganzes Leben und hier nirgends Arbeit finden, wenn es nicht die polnische Schule besucht". Neben derartigen anonymen Schreiben, die offene Drohungen enthielten, sind den deutschen Eltern auch andere Briefe zugeschickt worden, die sich sehr leicht als üble Fälschungen erkennen ließen, bei diesem oder jenem aber doch vielleicht verwirrend gewirkt haben mögen. So haben in Friedenshütte mehrere deutsche Erziehungsberechtigte ein deutsch abgefaßtes Schreiben erhalten, das die Unterschrift „Die Hitlerjugend" trug und unter verlogener Berufung auf Adolf Hitler und die nationalsozialistische Volkstumsauffassung die Empfänger davon abhalten wollte, ihre Kinder zur deutschen Schule anzumelden.

In Antonienhütte wurden die Väter deutscher Kinder aufgefordert, sich sofort in den Räumen des „Vereins für polnische Volksbücherei" einzufinden, um dort einen vom „Verein der Polinnen" gestifteten Kinderanzug in Empfang zu nehmen. In Königshütte erschien bei einer deutschen Frau, die ein jetzt ins schulpflichtige Alter eintretendes Kind bei sich in Pflege hat, eine vom polnischen „Elternrat" geschickte Person,

die sich danach erkundigte, in welche Schule das Kind eingeschult werde, und, als ihr bedeutet wurde, daß sie das gar nichts anginge, folgendes sagte: „*Schicken Sie das Kind in die polnische Schule, dann wird es vollständig eingekleidet werden* und kann in der Girndstr. 5 in der Küche essen gehen. Wenn Sie das Kind in die deutsche Schule schicken, geht es sowieso nur noch ein Jahr dorthin. *In einem Jahr läuft das Genfer Abkommen ab, und dann muß das Kind ohnehin in die polnische Schule gehen*". Als dieser erste Seelenkaufversuch ohne Erfolg blieb, erschien die Person zum zweiten Mal, wiederholte ihre Warnung und drückte der Frau eine Einladung zu einer Veranstaltung in die Hand mit der Versicherung, daß *man sich dort satt essen* könne. Bei einer anderen deutschen Familie wurde ein anderes Verfahren probiert: Da kam ein polnischer Seelenkäufer ins Haus und teilte kurzerhand mit, das Kind sei bereits zur polnischen Schule gemeldet, der Vater brauche bloß noch das fertige Formular zu unterschreiben; wenn er das tue, werde er *bald Arbeit erhalten*. Als der Pole nach dem ersten vergeblichen Versuch zum zweiten Mal kam, brachte er gleich *eine fertig ausgefüllte Anweisung auf einen Anzug mit*. Er hat die Wohnung ziemlich plötzlich verlassen. Wieder anderen Eltern schulpflichtiger deutscher Kinder wurde ein Schreiben ins Haus geschickt, in dem ihnen kurz und bündig folgendes mitgeteilt wurde: „Das Elternkomitee an der Schule 10 in Chorzow (Königshütte) berücksichtigt Ihre schwere materielle Lage und *bestimmt für Ihr Kind eine Kleiderspende*. Die Bons erhalten Sie am 27. April in der Schule 10". In anderen Schreiben wird den Vätern gedroht, daß sie *aus ihren Arbeitsstellen entlassen* werden würden, wenn sie der Aufforderung, ihre Kinder in die polnische Schule zu schicken, nicht Folge leisten sollten, und daß ihre Kinder, wenn sie in eine deutsche Schule gehen, *später niemals eine Anstellung erhalten* würden. Es sind hier nur einige Beispiele für die Methode der polnischen Seelenkäufer angeführt worden. Diese Beispiele sind typisch für die polnische Mentalität: Für einen Anzug aus der Brockensammlung oder für ein Abendessen wollen diese subalternen Renegatenzüchter den deutschen Eltern die Seelen ihrer Kinder abkaufen. Es erübrigt sich, über die schmutzige Gesinnung, die aus dieser Einstellung spricht, viel Worte zu verlieren.

Es hat sich, wie gesagt, bei all diesen schriftlichen und mündlichen Beeinflussungsversuchen zumeist um Unternehmungen *anonymer* Kreise gehandelt. Das kann die polnische Seite jedoch nicht von dem Vorwurf eines *unerhörten moralischen Tiefstandes ihrer völkischen Kampfmethoden* befreien. Die Gesinnung, die aus all diesen Droh- und Lockbriefen spricht, stimmt mit der offiziellen Politik der von Grazynski geleiteten Wojewodschaftsverwaltung überein. *Die Anonymität, in die sich die polnische Seite geflüchtet hat, kann man nur als ein Zeichen ihres schlechten Gewissens betrachten*. Wenn sie wirklich von der Rechtlichkeit ihres Handelns überzeugt wäre, dann hätte sie nicht den geringsten Anlaß, sich unter falschen Firmen zu verbergen. Zu der moralischen Verwerflichkeit, die das polnische Vorgehen in der Frage des deutschen Schulwesens in Ostoberschlesien kennzeichnet, tritt, wie die Anonymität dieses Vorgehens beweist, noch ein anderes charakteristisches Merkmal hinzu: *die persönliche Feigheit*.

Moralische Rückgratverkrümmung

Der Krakauer „Ilustrowany Kurjer Codzienny" hat sich schon wiederholt in sehr ausführlicher Weise mit den *Mängeln des polnischen Erziehungswesens* beschäftigt. Er hat dabei stets mit bemerkenswerter Offenheit auch von den unangenehmsten Dingen gesprochen. Hat er sich früher wiederholt mit dem verhängnisvollen *Anwachsen des Analphabetentums* in Polen befaßt, so hat er in einem Ende April veröffentlichten Artikel *dem moralischen Niedergang der polnischen Schuljugend* seine Beachtung geschenkt. Es heißt dort u. a:

„Schon seit längerer Zeit haben wir auf die bedrohliche Lage, in der sich unsere Schule und unsere Jugend befinden, verwiesen. Man kann schon von einem *Verfall der Schule* und einer *ernsthaften moralischen Rückgratverkrümmung der heranwachsenden Jahrgänge* sprechen. Die letzten Vorfälle in Krakau,

Lemberg und Posen, bei denen die Halbwüchsigen so tätigen Anteil an der Demolierung der Geschäfte und Schaufenster nahmen, geben dem traurigen Thema erneute Aktualität. Auf der anderen Seite haben die statistischen Veröffentlichungen über *die Geschlechtskrankheiten, die Ausschweifungen unter der Schuljugend* und das Rundschreiben des Kultusministeriums über die Verwilderung der Jugendlichen dazu geführt, daß man sich erneut mit der Frage der Jugendlichen und ihrer Erziehung in der Schule beschäftigt."

Das Blatt fährt dann fort: „Wir nehmen an, daß wir die Pflicht haben, die Wahrheit zu sagen, auch wenn sie weh tun sollte. Schon im Jahre 1934 haben wir in einem Artikel eines ausgezeichneten Pädagogen die Oeffentlichkeit alarmiert. Wir haben damals über die *Frevel und Diebstähle, die Krankheiten und Trinkgelage* unter der Jugend berichtet. Seit dieser Zeit hat sich *nichts gebessert*, sondern es ist noch *viel schlimmer geworden*. Mit vollem Verantwortungsbewußtsein stellen wir fest, daß heute unter der Schuljugend eine Atmosphäre herrscht, daß sich die Sportverbände vor einer Zusammenarbeit mit ihr zu fürchten beginnen, und zwar mit Rücksicht auf die Moral innerhalb der Verbände. Die Schuljugend, der die sportliche Betätigung verboten ist (weil sich die Schulsportvereinigungen wegen ihrer moralischen Anrüchigkeit zu einem öffentlichen Aergernis auswuchsen), fällt in die Arme der Politiker und der verschiedenen verbotenen „Vergnügungen". Zigarettenrauchen, das früher verboten war und bestraft wurde, wird heute geduldet. Die Jugend, der es verboten ist, auf den Sportplatz zu gehen, geht hinter die Stadtmauern, knüpft dort verdächtige Bekanntschaften an, treibt sich in den Grünanlagen und Wäldern herum, hackt auch Fußball ohne Aufsicht, raucht und trinkt Alkohol. *Wenn es so weiter geht* (und die häufigen Affären zeigen, daß es sich um Massenerscheinungen handelt), *dann sollte man tatsächlich, je eher um so besser, den Bankrott des schlechten Erziehungswesens verkünden.*"

Der Geist, der die polnische Schule beherrsche, heißt es dann weiter, müsse die Gedanken und Herzen mit tiefer Sorge erfüllen: „Die verschiedenen Doktrinen und Radikalmittel, die auf dem Gebiete der Schule von dem „*Verband der polnischen Lehrerschaft*" angewandt werden, führen zu merkwürdigen Ergebnissen. Der Jugend soll es nicht gestattet sein, vom Kampf zu sprechen, weil das den Grundsätzen der Gleichheit und Brüderlichkeit widerspreche und die Klassengegensätze verschärfe. Es soll ihr nicht gestattet sein, von nationalen Angelegenheiten zu sprechen, weil das Wasser auf die Mühle der Chauvinisten bedeute. *So wird der Geist der Opferbereitschaft und Solidarität in der Jugend zerschlagen.*"

Das Blatt kommt, nachdem es sich noch mit verschiedenen anderen absonderlichen Erscheinungen des polnischen Schulwesens beschäftigt hat, zu folgenden Schlußfolgerungen: „Es steht schlimm um die polnische Schule und um unsere Jugend. Man muß der Wahrheit in die Augen sehen. Noch ist es nicht zu spät. Man muß nur ganz energisch den Versuchen begegnen, an dem lebendigen Leibe der Jugend Experimente auszuüben, die von Leuten unternommen werden, welche sich auf Grund ihres Lehrerpatentes oder ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Organisation für berechtigt halten, *das junge Geschlecht wie eine Herde von Versuchskarnickeln zu behandeln.*"

Ostland-Chronik

Die litauischen Henkersknechte

Der in Schaffhausen (Schweiz) erscheinende „*Grenzbote*" brachte folgende Schilderung, die die grausame Behandlung beleuchtet, der die deutschen Memelländer von Seiten der Litauer ausgesetzt sind; es heißt in dem Bericht u. a.:

Johannes Spikereit stand als Postbeamter im litauischen Staatsdienst in Memel. Als solcher war er gezwungen, sich am politischen Leben der Litauer im Memelland zu beteiligen. So wurde er *Fraktionsführer der litauischen* — wohlverstanden nicht memeldeutschen! — *Stadtverordneten* in Memel. Daß er aber mit der Politik der Behörden nicht einig ging, sondern sich zur Aufgabe machte, die Gegensätze im Memelgebiet auszugleichen, wurde ihm schließlich zum Verhängnis. Der Memeler Postdirektor unterstellte ihm politische Unzuverlässigkeit. Schon die Tatsache, daß er mit einem

anderen Postbeamten, der beim Brieföffnen ertappt worden sein soll, einige Tage vorher gesehen wurde, als er mit ihm dienstlich zu tun hatte, genügte, um ihn zu verhaften und der Spionage zu verdächtigen. Er kam nach Heydekrug in die Polizeistation und wurde dort 14 Stunden lang in bestialischer Weise gemartert. Er sollte zugeben, ein Spion zu sein, und als er das nicht tat, schlug ein litauischer Polizist mit dem Gummiknüppel auf ihn ein, bis er besinnungslos wurde. Man machte Spikereit zum Vorwurf, daß er eine deutsche Frau geheiratet habe. Dafür wurde er unmenschlich geschlagen. Er war bei der „Iduna"-Lebensversicherung eingeschrieben; für die „Verbindung mit deutschen Firmen" erhielt er eine neue „Schicht"! Spikereit war Abonnent einer Fachzeitschrift in deutscher Sprache; für dieses „Staatsverbrechen" schlug der Polizist neuerdings auf ihn ein. Die Angaben in seinem Lebenslauf, er habe im Weltkrieg beim deutschen Militär gedient, versetzten den Folterknecht in neue Wut: es hagelte nur so von Hieben über seinen Rücken und auf den Kopf. In Abständen von fünf bis zehn Minuten wurden diese Mißhandlungen wiederholt. Eine ganze Nacht hindurch wurde Spikereit gefoltert! Er mußte Schuhe und Strümpfe ausziehen, sich mit dem Gesicht nach unten auf den Erdboden und die Füße auf einen hölzernen Schemel legen. Der litauische Polizist stellte sich auf seinen Rücken und schlug von oben auf die nackten Füße los! Nach dieser Marter bekam er den Befehl, in anderthalb Minuten Strümpfe und Schuhe anzuziehen, und da er in der befohlenen Zeit nicht fertig werden konnte, sauste der Gummiknüppel von neuem auf ihn nieder, ohne Rücksicht darauf, wohin er traf. Spikereit mußte sich in eine Ecke stellen und die Arme hochhalten. Ermüdeten sie, so schlug der Folterknecht mit dem Gummiknüppel gegen die Unterarme. Mit welcher Wucht diese Schläge ausgeführt wurden, geht daraus hervor, daß der rechte Unterarm ausgekugelt und das Ellenbogengelenk gesplittert ist. Er wurde gezwungen, auf Gott und Adolf Hitler zu schwören. Jedesmal bekam er zum Dank eine neue Tracht Prügel! Als seine beiden Peiniger im Nebenraum ermüdet eingeschlafen waren, faßte Spikereit den Entschluß zu entfliehen — selbst auf die Gefahr hin, erschossen zu werden. Es gelang ihm, sich nach Großlitauen durchzuschlagen. Dort gab er sich als Ueberfallener aus und konnte mit Hilfe von litauischen Bauern schließlich über die polnische Grenze gelangen. Wochenlang lag Spikereit im Spital und heute noch ist er pflegebedürftig. Die Wahrheit seiner Aussagen, so schließt das schweizerische Blatt, ist verbürgt.

„Es lebe der Zweite Marschall Polens!"

Vor kurzem konnte der „Verband ehemaliger Mitglieder der Hallerarmee" auf sein 15jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß fand am 10. Mai in Bromberg eine Tagung statt: Gottesdienst, Kranzniederlegung, Vorbeimarsch der ehemaligen Hallerleute, soweit sie da waren, usw. Im Schützenhaussaal fand dann ein Festbankett statt, bei dem die starke Beteiligung der katholischen Geistlichkeit auffiel. Die Reden, die dabei gehalten wurden, entsprachen der bekannten gehässigen Deutschenfeindschaft des Generals. In einer dieser Reden wurde eine „siegreiche Schlacht der Hallertruppen gegen die Deutschen" verherrlicht, die freilich — es handelte sich um das Treffen bei Kaniowa am 10. Mai 1918 — weder eine Schlacht noch siegreich war. Die Angriffe wurden von den Rednern ziemlich gleichmäßig auf die Deutschen und die polnische Regierung verteilt. Die Stimmung, die sie hervorriefen, äußerte sich schließlich in dem Rufe: „Wir wollen einen Führer! Es lebe der Zweite Marschall Polens, Josef Haller!" Dieser Ruf war kein Versehen und keine unbeabsichtigte Entgleisung. Vielmehr ist General Haller wirklich einer der Männer, auf die die rechtsoppositionellen Kreise Polens ihre Hoffnung setzen. Seine persönliche Feindschaft gegen Pilsudski hat sich auf das ganze, mit diesem Namen verbundene System übertragen. Da er trotz seiner rein deutschen Abstammung (er ist ein Sohn schwäbischer Kolonisten in Galizien) schroff deutschfeindlich eingestellt ist, ist es verständlich, daß sich die französische Presse gern und liebevoll mit ihm befaßt. Es scheint übrigens, daß Haller während der letzten Monate, als unter der Regierung Koscialkowski die Chancen der Opposition im Steigen begriffen waren, politisch nicht untätig gewesen ist. In der französischen Presse, so z. B. in der „Gazette de Lausanne", fanden sich Mitteilungen darüber, daß Haller, Witos und Paderewski sich vor einiger Zeit im Ausland getroffen haben, um einen Aktions-

plan gegen das Pilsudski-regime zu entwerfen. General Haller gehört demnach zu jenen polnischen „Patrioten", die von außen her Minen gegen ihren eigenen Staat, für den sie zu kämpfen vorgeben, vorzutreiben versuchen. Das ist bei einem Mann, der, wie er, sein Volkstum verraten hat, nicht weiter erstaunlich.

Geschlossene Transitwagen durch Danziger Gebiet

Die Einführung der Devisenzwangswirtschaft in Polen hat im polnischen Eisenbahnverkehr über das Gebiet des Danziger Freistaates eine Neuerung gebracht: Vom 15. Mai ab werden in den zwischen Gdingen und dem übrigen Polen über Danziger Gebiet verkehrenden Fernzügen geschlossene Transitwagen mitgeführt, in denen keine Devisenkontrolle notwendig ist. Den Reisenden dieser Wagen ist das Verlassen des Zuges auf Danziger Stationen verboten; bei der Durchfahrt durch Danziger Gebiet wird die Verbindung zum offenen Zugteil gesperrt. Die im offenen Zugteil mitfahrenden Reisenden unterliegen den für den Auslandsverkehr geltenden Bestimmungen der polnischen Devisengesetzgebung. Da polnische Polizeibeamte oder Eisenbahnpolizisten auf Danziger Hoheitsgebiet keine Amtstätigkeit ausüben dürfen, muß die Absperrung durch Danziger Beamte durchgeführt werden.

Vermeidung der Doppelbesteuerung

Die seit längerer Zeit zwischen der deutschen und der polnischen Regierung schwebenden Verhandlungen über die Frage der Vermeidung der Doppelbesteuerung haben bisher zu folgendem Ergebnis geführt: 1. Unbewegliches Vermögen und die Einkünfte daraus sollen nur in dem Staate besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt. 2. Gewerbe- und Handelsbetriebe und die Einkünfte daraus unterliegen gleichfalls nur noch in dem Staate der Besteuerung, auf dessen Gebiet das Unternehmen seinen Betrieb hat. 3. Einkünfte aus Arbeit sowie die Erträge der freien Berufe sollen nur noch in dem Staate besteuert werden, in dessen Gebiet der Beruf ausgeübt wird. Die Tantiemen von Aufsichtsratsmitgliedern usw. werden dort besteuert, wo die Leitung des betreffenden Unternehmens seinen Sitz hat. 4. Einkünfte aus Pensionen, Renten und Löhnen, die von öffentlichen Kassen zu zahlen sind, werden dort besteuert, wo sich die auszahlende Kasse befindet. 5. Einkünfte aus beweglichem Vermögen werden dort besteuert, wo der Steuerzahler seinen persönlichen Wohnsitz hat. Eine Reihe anderer Steuerfragen ist bisher noch unerledigt geblieben, z. B. die Frage der Besteuerung von privaten Pensionen und Renten, die besonders für die oberschlesischen Verhältnisse eine gewisse Bedeutung hat. Die Verhandlungen hierüber dauern noch an.

Die katholische Presse Polens

In der Vatikanstadt wurde am 12. Mai eine Weltausstellung der katholischen Presse eröffnet. Die Ausstellung bot einen guten Ueberblick über die Stärke der katholischen Presse in den einzelnen Ländern. Polen war mit etwa 350 Blättern vertreten, die eine Gesamtauflage von rund 4 Millionen Exemplaren aufwiesen. Darunter befanden sich 50 katholische Tageszeitungen, etwa ebensoviel Diözesanorgane und etwa 30 katholische Jugendzeitschriften, die in einer Gesamtauflage von rund 300 000 Stück erscheinen. Neun katholische Verlagsanstalten Polens hatten eigene Stände errichtet. Auch die katholische Presse der fremden Volksgruppen Polens war vertreten, darunter der „Oberschlesische Kurier" und die in dessen Verlag erscheinende „Katholische Welt" und natürlich auch das im Emigrantenstil gehaltene Blatt des Exsenators Pant, „Der Deutsche in Polen". Die Presse der griechisch-unierten Katholiken Polens war im Pavillon der östlichen Riten untergebracht.

Italien und die polnischen Kolonialwünsche

Vor einem auserlesenen Publikum, unter dem sich Vertreter der italienischen Botschaft in Warschau, des polnischen Außenministeriums usw. befanden, hielt kürzlich der italienische Rechtsanwalt und Historiker Dr. Petitto aus Rom in der Warschauer Universität einen Vortrag über die Kolonialfrage. Dieser Fall ist deshalb interessant, weil hier wohl zum ersten Mal mit einem kleinen halboffiziellen Anstrich die polnischen Kolonialwünsche von ausländischer Seite befürwortet wurden. Der Vortragende erinnerte u. a. an die „Pioniere des polnischen kolonialen Gedankens", besonders an Stefan Szulz-Rogosinski, Klemens Tomszak und Leopold Janikowski, die Ende des vorigen Jahrhunderts „einen Teil des

gegenwärtigen Kamerun erobert hätten". Italien, führte der Redner dann weiter aus, werde die polnischen kolonialen Forderungen unterstützen, weil Polen die am weitesten nach Osten vorgeschobene Vorhut der lateinischen Kultur sei und weil es im Interesse Roms liege, „alle seine lateinischen Kinder zu unterstützen". Sonst scheint der Vortrag, den Pressemeldungen zufolge, keine bemerkenswerten Gesichtspunkte enthalten zu haben. Interessant ist weniger die liebevolle Hervorhebung der geistigen Mutterschaft Roms, als die Tatsache, daß sich der Italiener die bekannte These der polnischen See- und Kolonialliga zu eigen gemacht hat, die da besagt, daß Polen ein Anrecht auf die ehemals deutschen Kolonien habe, weil einige Teile des heutigen polnischen Staates früher zu Deutschland gehört und somit an der Erschließung der Kolonien mitgewirkt haben. Man wird zugeben müssen, daß eine solche „Argumentation" reichlich kümmerlich ist. Wenn einige Männer, die irgendwo einmal in einem Kolonialgebiet etwas geleistet haben, schon als Beweis für einen Besitzanspruch gelten sollen, dann müßte die Welt entweder deutsch oder britisch sein. Die See- und Kolonialliga sollte sich mit derartigen „Argumenten" vor Völkern, die schon kolonisiert haben, nicht lächerlich machen.

Ausschreitungen gegen Deutsche in O.-O.-S.

In Rydultau (Ostoberschlesien) kam es am 24. Mai zu unerhört schweren Ausschreitungen gegen deutsche Volksangehörige. Eine Veranstaltung „Mutter und Kind" der Jungdeutschen Partei, die von 140 Deutschen besucht war, wurde von Angehörigen des polnischen Aufständischenverbandes gesprengt. Kurz nach Beginn drangen etwa 100 Aufständische, zum Teil in Uniform, in den Saal ein und begannen mit Knüppeln und Ochsenziemern unbarmherzig auf die Anwesenden einzuschlagen. Den sich ihnen entgegenstellenden Vorstandsmitgliedern brachten die Eindringlinge Verletzungen mit Messerstichen bei. Die Anwesenden, die den Versammlungsraum verließen, wurden im Freien von weiteren 50 Aufständischen empfangen und erneut auf das schwerste mißhandelt. Nach den bisherigen Feststellungen haben etwa 30 Deutsche Verletzungen erlitten; einige von ihnen sind besinnungslos geschlagen worden. Zehn der Verletzten mußten sich in ärztliche Behandlung begeben. Die Eindringlinge schreckten selbst davor nicht zurück, Frauen auf das schwerste zu verprügeln. Bemerkenswerterweise nahm die Polizei über diesen unglaublichen Vorfall kein Protokoll auf. Bekanntlich sind die Aufständischen nach den wiederholten Beteuerungen des Wojewoden Grazynski die einzig wahren Träger des polnischen Staatsgedankens in Ostoberschlesien.

Der Chef der polnischen Staatspolizei in Berlin

Am 18. Mai traf der Chef der polnischen Staatspolizei, General Zamorski, in Begleitung dreier höherer polnischer Polizeioffiziere zu einem viertägigen Besuch in der Reichshauptstadt ein. Der Besuch galt dem Studium der Einrichtungen des deutschen Sicherheitswesens. Im Kameradschaftshaus der Künstler fand ein Empfang statt, bei dem Staatssekretär Pfundtner in Vertretung des zur Beisetzung des Pg. Schreck nach München gefahrenen Reichsministers Frick die Gäste begrüßte. General Zamorski legte am Denkmal der ermordeten Polizeioffiziere Anlauf und Lenk auf dem Horst-Wessel-Platz einen Kranz nieder. Es ist anzunehmen, daß in absehbarer Zeit ein Gegenbesuch deutscher Polizeifachleute in Warschau stattfinden wird.

„Die Tragik der Geschicke Polens"

So ist ein Buch von J. J. Giertych betitelt, dem der nationaldemokratische „Warszawski Dziennik Narodowy" in seiner Nummer vom 12. Mai eine längere Besprechung widmet. Der Verfasser hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Einfluß der Freimaurerei und der hinter ihr stehenden Juden auf die Entwicklung Polens zu untersuchen. Er hat sich nicht die Mühe gemacht, durch eigenes Studium neues Material über diese Frage zu Tage zu fördern, sondern sich mit der systematischen Darstellung des vorhandenen Materials begnügt. Im 18. Jahrhundert, heißt es in der Besprechung, habe die Freimaurerei nach der Vernichtung des Polnischen Staates gestrebt. „Die beiden größten Ereignisse vom Ausgang des 18. Jahrhunderts, die Teilungen Polens und die französische Revolution, sind ihr Werk". Im 19. Jahrhundert habe sich die Freimaurerei des polnischen Volkes zur Erreichung ihrer Ziele bedient und dadurch dieses Volk in

immer tieferes Elend gestürzt; das wichtigste dieser Ziele sei der Sturz des Zarismus und die Zersetzung des russischen Staates gewesen. Während der Friedenskonferenz von Versailles habe sich die Freimaurerei für den Schutz der Juden in Polen und für die Errichtung eines kleinen, unter dem Einfluß der Großmächte stehenden polnischen Staates verwandt. Nach dem Kriege habe sie sich bemüht, zu verhindern, daß das nationale Lager auf die polnische Politik einen entscheidenden Einfluß gewinne. „Vieles hiervon war bekannt", schließt die Besprechung, „aber in dieser Zusammenstellung (wie sie Giertych bietet) treten die Dinge mit besonderer Deutlichkeit plastisch hervor. Für diejenigen, die an diese Dinge noch nicht gedacht haben, wird eine solche systematische Zusammenstellung eine wahre Enthüllung sein." — Ohne über das Buch von Giertych ein positives Urteil fällen zu wollen, wird man zugeben müssen, daß die Methode, die polnische Geschichte unter dem Gesichtswinkel des jüdisch-freimaurerischen Einflusses zu betrachten, sicherlich geeignet ist, neue nützliche Aufschlüsse zu geben.

Bücher über den Osten!

Litauen. Der Deutsche im Ausland. Von Walther Sagel. Verlag Julius Beltz, Langensalza, Berlin und Leipzig. 1935. Herausgegeben vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht. 84 Seiten mit 3 Karten und vielen Abbildungen. Preis 1,30 *RM*. — Sagel hat nicht das Deutschtum des Memelgebietes, sondern nur dasjenige Großlitauens behandelt. Er schickt seinem eigentlichen Thema eine kurze Landeskunde Litauens voraus. Entwicklung und Leistung der deutschen Kaufleute, Handwerker und Bauern der verschiedenen Siedlungsperioden werden anschaulich geschildert. Man erhält vor allem einen guten Einblick in die gegenwärtige Lage der deutschen Volksgruppe Großlitauens: Kirche, Schule, Presse, Jugendarbeit und Wirtschaftsleben. Das Buch ist im guten Sinne volkstümlich: Es bringt nicht allzu viel Einzelheiten, arbeitet aber das Wesentliche heraus; es ist zuverlässig in seinem Material, aber leicht verständlich in der Art der Darstellung. Ein grundlegender Aufsatz von Prof. Oberländer über neuzeitliche Volkstumspolitik bildet den Abschluß. Dr. K.

Nil desperandum. Revolution und Freiheit 1794 in Polen. Roman von W. St. Reymont. Wilh. Gottl. Korn Verlag, Breslau. Aus dem Polnischen übersetzt von Jean Paul d'Ardeschah. 565 Seiten. Preis brosch. 6,80 *RM*, Leinen 8,50 *RM*. — Reymont, der vor dem Kriege für seinen großen Bauernroman den Nobelpreis erhielt und durch seinen Roman „Lodz, das gelobte Land" das schöpferische Deutschtum dieser größten Industriestadt Polens in sehr nachhaltiger Weise in ein schiefes Licht gerückt hat, entwirft in dem vorliegenden Roman ein Bild von der unterirdischen Vorbereitungsarbeit für den polnischen Aufstand von 1794. Es gibt einige Stellen in diesem Roman (z. B. die, in denen der spätere Führer des Aufstandes, Kosciuszko, vorgeführt wird), die den Eindruck einer schlechten Vereinschronik erwecken. Das Buch ist eigentlich weniger ein Roman, als eine historische Tatsachenschilderung, die, über das Tatsächliche hinausgehend, romanhaft ausgestaltet worden ist. Die Erfassung der polnischen Gesellschaftsschichten durch den Gedanken der nationalen Erhebung, wie sie Reymont darstellt, widerspricht den geschichtlichen Tatsachen. Die Schilderung aber, wie dieser Gedanke von einer kleinen Schar beherzter Patrioten geschürt und gewissen Schichten der Bevölkerung nahe gebracht worden ist, ist immerhin interessant. Die Einblicke, die die zweifellos große Darstellungskunst Reymonts in das gesellschaftliche Leben des polnischen Adels jener Zeit erschließt, sind interessant. Das Ineinanderspielen der französischen Revolution und der Aufstandsvorbereitungen in Polen wird in packenden Szenen geschildert. Die Verschwörer, die alles für die Wiederherstellung des Staates einzusetzen bereit sind, werden im Wechsel der Szenen in einen wirkungsvollen Kontrast zu den Kreisen gesetzt, die schweigend die schwersten Demütigungen des zaristischen Gesandten erdulden oder es aus Gründen des persönlichen und ständischen Vorteils mit den russischen Machthabern halten. Das Buch Reymonts schließt mit dem Tage, an dem der Aufstand in Warschau ausbricht. Dr. K.

Der deutsche Osten. Die kolonisatorische Leistung des deutschen Volkes im Mittelalter. Von Werner Emmerich. Bibliographisches Institut, Leipzig. 1935. 48 Seiten und 63 Abbildungen. — Die erfolgreiche Kolonisierung der mittleren Donaulande und des Ostalpengebietes, der Rückstoß über Elbe und Saale und das Werk des Deutschen Ritterordens in den Küstenländern des Ostens sind die drei räumlich getrennten und zeitlich aufeinander folgenden, aber räumlich wie zeitlich ineinander fließenden Staffeln der deutschen Kolonisation des Mittelalters. Emmerich schildert sie in klar gegliederter Form. Die zahlreichen Kunstdruckblätter, die sorgfältig und den Text sinnvoll ergänzend ausgewählt sind, bilden die zweite Hälfte des geschmackvoll ausgestatteten Bändchens. **Dr. K.**

Frauen in Przemysl. Sittenbilder aus der belagerten Festung 1914/15. Von Engelbrecht Schwarz. Ernst Hofmann & Co., Darmstadt und Leipzig 1936. 183 Seiten. Preis geheftet 2,50 RM, Leinen 3,60 RM. — Der Fall der Festung Przemysl nach zweimaliger Belagerung durch die Russen am 22. März 1915 war ein Ereignis, das auf die ganze, für die Tragik heldischer Haltung empfängliche Welt aufs tiefste erschütternd gewirkt hat. Man wird feststellen müssen, daß der Platz unter dem Unterrock kein geeigneter Standpunkt für die Beobachtung eines solchen Ereignisses ist. Man weiß, daß in der ständigen Nachbarschaft des Todes die gesellschaftlichen Formen zerbrechen, die moralischen Hemmungen fallen und der Drang, das ungewisse Leben verschwenderisch zu genießen, brutalere Formen annimmt. Man weiß das. Aber ist es notwendig, ein Buch darüber zu schreiben? Die acht Frauen, von denen in dem Buche erzählt wird, sind doch wohl kaum wichtig genug, um Notiz von ihnen zu nehmen. **Dr. K.**

Grodzisko. Das wilde Lied von Oberschlesien. Eine Sagendichtung von Georg Langer. Völkischer Verlag Walter Uttikal, Breslau I. 148 Seiten. Preis Leinen 3,50 RM. — In Anlehnung an uralte Ueberlieferungen, die sich mit einem gegen Polen gelegenen oberschlesischen Burgwall verbinden, erzählt Langer in dichterisch gehobener Sprache die Schicksale, die sich zur Zeit des Mongoleneinbruchs in Schlesien auf Grodzisko abspielten. Die deutschen Herren und die slawischen Bauern finden sich zur Abwehr der gemeinsamen Gefahr zusammen. Die unter der slawischen Bevölkerung im Stillen geschürte Feindschaft gegen die Deutschen wird durch das Gebot des gemeinsamen Kampfes und die selbstbewußte Gerechtigkeit deutschen Rittertums überwunden. Die Sagendichtung ist geeignet, vor allem der Jugend einen Abschnitt der Geschichte des oberschlesischen Landes verständlich und lebendig zu machen.

Das Weltbild der Germanen. Von Prof. Dr. Hans Neumann. Eichblatt-Verlag (Max Zedler), Leipzig 1935. 22 Seiten. Preis 0,40 RM. — Der tiefe Gehalt germanischer Weltanschauung wird von Neumann für die Gegenwart lebendig gemacht: Dem Schicksal kann sich keiner entziehen, auch nicht die Götter. Entzogen dem Schicksal ist nur die Haltung, mit der man es trägt. Die Götter sind die vertrauten Freunde der Menschen, den gleichen unabwendbaren Gesetzen des Werdens und Vergehens unterworfen wie diese. Das Schicksal ist das Unerforschliche, Allgewaltige. Am altgermanischen Schicksalsbegriff wuchs der überweltliche Gottesbegriff heran, dessen Ahnung der fremden Christenlehre den Einbruch in die germanische Welt erleichterte. **Dr. K.**

Der Weg zur Verständigung. Von André Germain. Deutscher Verlag für Politik und Wirtschaft (vormals Zentralverlag GmbH.), Berlin, 1935. 196 Seiten. Preis 2,75 RM. — „Die politische Lage in Frankreich und ihre Auswirkungen auf Deutschland" hat André Germain, dieser tapfere Vorkämpfer einer deutsch-französischen Verständigung, sein Buch im Untertitel genannt. Es ist ein geistreiches und spannendes Buch. Scharf und sarkastisch ist der Verfasser im Urteil über die Menschen, die heute noch das politische Gesicht Frankreichs gestalten. Mit treffenden Episoden, an denen der weltgewandte und kampffrohe Journalist unerschöpflich zu sein scheint, werden sonst für einen deutschen Beobachter nicht leicht erkennbare Zusammenhänge beleuchtet. Er spricht für die französische Jugend und das französische Frontkämpfertum, das sich auflehnt gegen die Herrschaft des Parlamentes und der Freimaurerei, gegen die Politik klerikaler Ideologen und haßender Greise, gegen die geistige Fäulnis und die persönliche Korruptheit. Es ist ein Buch, das ernst stimmt, da es auf der einen Seite die Unfähigkeit der noch herrschenden Schicht zu einer Verständigung mit Deutschland begreiflich macht und auf der anderen Seite nur wenig Hoffnung läßt, daß es den Kreisen, die Träger einer solchen Verständigung sein könnten, ohne schwere innere Erschütterungen Frankreichs möglich sein wird an die Macht zu gelangen. Im gegenwärtigen Augenblick sollte das Buch Germains besondere Beachtung finden. Dr. K.

Am 18. Mai entschlief nach kurzem, schweren Krankenlager

Frau Minna-Luise Friedrich

(aus Nakel an der Netze).

Dieses zeigen tiefbetrübt an:

Gustav Friedrich, Sattlermeister
nebst Kindern

Driesen i. d. Neumark, Horst Wesselstr. 5